Bevor das Volk in den Vereinigten Staaten nicht die Kraft findet, neue Prioritäten zu setzen, Prioritäten, die den schreienden Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommen; bevor nicht genug Druck auf die Regierung ausgeübt wird, nicht nur sich aus Vietnam zurückzuziehen, sondern auch das Wettrüsten durch einen ehrlichen Versuch zu beenden, in den Verhandlungen in Helsinki mit der Sowjetunion eine Vereinbarung zu treffen, die für die Menschheit die letzte Chance sein könnte, den Drang nach Selbstzerstörung aufzuhalten; bevor das nicht geschieht, können sich die Vereinigten Staaten sehr wohl in einen ausgewachsenen Garnisonsstaat verwandeln.

In den dreißiger Jahren schrieb Upton Sinclair unter dem Eindruck der Entwicklung in Hitlerdeutschland ein Buch mit dem ironischen Titel „Das könnte hier nicht passieren". 1970 könnte das Jahr in der amerikanischen Geschichte werden, in dem „es hier passierte" ...

Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II)*)

Von Rainer Rilling

Die Entwicklung ab 1966/67 — Die „Neue Forschungspolitik"

„Neue Forschungspolitik": Ausgangssituation

Die gegenwärtig noch andauernde, letzte Entwicklungsphase der westdeutschen Forschungspolitik setzte 1966 ein. Die Ausgangssituation war dabei im wesentlichen durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

a) In den forschungsintensiven und wissenschaftspolitisch sehr agilen „Wachstumsbranchen" der westdeutschen Wirtschaft hatten sich scharfe Konzentrationsprozesse abgespielt, die sich in den kommenden Jahren noch kräftig beschleunigen sollten. Die „concentration ratios" (hier der Prozentanteil der vier größten Unternehmen am Branchenumsatz) waren zwischen 1960 und 1966 in der Chemie um 9 %, in der Elektrotechnik um 4,1 % und im Fahrzeugbau um 10,1 % gestiegen [127]). Die zehn größten Konzerne der BRD, die allesamt weit überdurchschnittliche FE**)-Aufwendungen ausweisen und unter den Industrievertretern in den forschungspolitischen Lenkungsgreminien weit in der Überzahl sind, erzielten 1967 knapp 17 % des gesamten Industrieumsatzes — soviel, wie sieben Jahre zuvor gerade die 25 und 1954 die 50 größten Unternehmen auf sich vereinigen konnten. In den Jahren 1960—1966 hatte es sich für sie, die innerhalb der Gruppe der forschungspolitisch aktiven Konzerngruppen zusammen mit einigen weiteren Firmen (Luft- und Raumfahrtindustrie) die bedeutendste Fraktion darstellen [128]),

*) Vgl. Heft 12/1969.
**) FE = Forschung und Entwicklung
127) J. Huffschmid, a.a.O., S. 49.
128) Diese Kerngruppe besteht vor allem aus den 3 IG-Farben-Nachfolgern, Siemens, AEG und Bosch (Elektrosektor), Thyssen, Krupp, Mannesmann (Stahl), und einigen Firmen der Sektoren NE-Metalle und Fahrzeuge.

endgültig gezeigt, daß die für sie völlig risikolosen staatlichen Schwerpunktprogramme die geeignete Form boten, integrierte Großforschungsprojekte bis nahe zur Produktionsreife vom Staat finanzieren und organisieren zu lassen, ohne daß die private Aneignung der produzierten Ergebnisse gefährdet wird [129]). Die Bildung neuer Schwerpunktprogramme wurde von dieser Seite nun auch entsprechend nachdrücklich betrieben.

b) Zur selben Zeit war die Ungleichzeitigkeit der ökonomischen Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Staaten, die durch die schnelle Expansion des Kapitalismus nach 1945 zeitweilig verdeckt worden war, endgültig offenbar geworden. Die relative Überlegenheit des US-Kapitals und das rapide Avancement des japanischen Kapitalismus bedrohten die Außenhandelsposition der BRD, die sich wesentlich auf technische Spitzenprodukte stützte [130]). Neben dieser drohenden „technologischen Lücke" [131]) war es die sich mit der Rezession 1966/67 abzeichnende neue Strategie des westdeutschen Großkapitals, die einen forcierten Ausbau der technischen Basis erfordert: um seine bedrohte Weltmarktposition zu halten, begann es mit massiven Kapitalexporten, die den Rückgriff auf ausländische Wachstumspotentiale, die Umgehung zu erwartender Handelsrestriktionen und die langfristige Konsolidierung des Warenexports ermöglichen sollten [132]). Die „neue Forschungspolitik" ist denn auch Reaktion auf die offenbar werdende ungleichzeitige Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Staaten und erforderte eine Reihe verschiedener „Gegenmaßnahmen".

Konzeption der „neuen Forschungspolitik"

Neben den in der Geschichte der BRD einmaligen Konzentrationsprozessen der letzten drei Jahre, die auch die materiellen Kapazitäten und die Kapitalkraft für eine stärkere Entwicklung der industriellen FE bereitstellen sollten, dem Aufbau alle FE-Sektoren umfassender „Forschungsverbunde" und der straffen Zentralisierung der forschungspolitischen Lenkungsorgane steht innerhalb der „neuen Forschungspolitik" zentral der Versuch, im Rahmen einer sich herauskristallisierenden forschungspolitischen Gesamtprogrammierung eine gewichtige Verschiebung der bisherigen Schwerpunkte vorzunehmen, die die Erfahrungen mit der amerikanischen Rüstungswirtschaft reflektiert. In einem Erfahrungsbericht hatte die US-Regierung festgestellt: „Die direkte zivile Anwendung von Ergebnissen der Verteidigungs- oder Raumforschung ist sehr klein im Vergleich zu den Investitionen in die Verteidigungs- und Raumforschung. Trotz bewußter Anstrengungen ... wird das zivile Nebenprodukt ... künftig wahrscheinlich immer klei-

---

129) Exempel war das Atomforschungsprogramm: es war intiiert worden, „damit die Industrie in die Lage versetzt wird, Anfang der siebziger Jahre wettbewerbsfähige Kernkraftwerke auf den deutschen und ausländischen Märkten anbieten zu können" (BF I, S. 13); nachdem die Atomindustrie genügend „eigene Erfahrungen" (BF I, S. 54) sammeln konnte und die ersten Reaktoren in Betrieb genommen wurden, stießen die Konzerne ihre Finanzierungsanteile ab.

130) Dazu einige Angaben: die USA besitzen einen Anteil von 30,1 % am Welthandel mit forschungsintensiven Erzeugnissen, die BRD ist mit 22,1 % beteiligt und liegt weit vor England (14,2 %), Frankreich (7,7 %), Italien (5,9 %), Japan und Holland (5,3 %) (vgl. Wirtschaft und Wissenschaft, 3/1969, S. 29). „Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik stütze sich ... auf der Ausfuhrseite in hohem Maße auf Waren, die das Ergebnis hochentwickelter Technik sind. Das Ausfuhrvolumen dieser Warengruppen habe sich zwischen 1950 und 1967 auf das 15fache gesteigert, während sich das gesamte Ausfuhrvolumen im gleichen Zeitraum nur auf das Zehnfache erhöht habe", G. Stoltenberg Mitte 1969 im „Außenhandelsdienst", zit. n. Frankfurter Rundschau v. 28. 4. 1969. Die forschungsintensiven Branchen der westdeutschen Industrie vereinigten 1967 rd. 68,5 % des gesamten Auslandsumsatzes, aber nur 39 % des industriellen Gesamtumsatzes auf sich; die 8 größten Konzerne (Krupp, BASF, AEG-Telefunken, Daimler-Benz, Bayer, Hoechst, Siemens, VW) konzentrierten 1968 über 20 % des westdeutschen Exports auf sich und wiesen eine weit überdurchschnittliche Exportquote von 37,2 % auf; vgl. E. Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt-Wien 1969, S. 81.

131) Vgl. BF I—III, a.a.O.; OECD, Gaps in Technology, Analytical Report, 1968, Peter Menke-Glückert, Europas technologische Lücke, Beilage zur Wirtschaft und Wissenschaft, 2/1968, Klaus v. Dohnanyi, Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit, München 1969, H. Büchs, Rüstungszusammenarbeit in der NATO als Mittel zur Einengung der technologischen Lücke, in: Europa-Archiv, Folge 19/1967, S. 703 ff., und Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt 1969, S. 23 ff.

132) E. Altvater, a.a.O., S. 103.

ner werden" [133]). Um dem US-Kapitalismus langfristig erfolgreich Konkurrenz bieten zu können, forderten nun die forschungsintensiven und exportorientierten monopolistischen Industrien der BRD eine ähnliche starke Subventionierungstätigkeit des Staates wie in den USA, die aber im Gegensatz zu den USA und den westeuropäischen Staaten direkt auf dem Sektor der „zivilen", unmittelbar ökonomisch verwertbaren FE liegen sollte. Diese Konzeption, die sich mit den Vorstellungen der SPD, des größten Teils der CDU und dem nicht (oder nur wenig) militärisch orientierten Teil der großen Exportindustrie deckte, wurde seit 1966/67 zur Leitlinie der Forschungspolitik des BMwF [134]). 1967/68 gelangte diese Konzeption vollends auf breiter Front zum Durchbruch, nachdem man sich mit verschiedenen Sonderinteressen abgestimmt hatte; erst nach der Einleitung entsprechender Finanzierungs- und Förderungsmaßnahmen allerdings rückte das BMwF auch offiziell von der bisherigen Konzeption ab, die auf der sekundär-technologischen Verwertung vor allem der Kriegs- und Weltraumtechnologie basierte: „Etwa die Hälfte der amerikanischen Forschungsausgaben werden für die Verteidigungs- und Weltraumforschung verwendet, deren ökonomische Wirksamkeit beschränkt ist. In der Bundesrepublik hingegen wird versucht, die für das Wirtschaftswachstum wichtige Forschung und Entwicklung mit konkreten Zielen unmittelbar zu fördern, da nicht in einem so großen Umfange wie in den USA diese als Nebenprodukte der Verteidigungs- und Weltraumtechnologie zu erhalten sind" (Stoltenberg) [135]).

Die Kriegsforschung in der „neuen Forschungspolitik"

Die Durchsetzung dieser Konzeption mußte naturgemäß auf den Widerstand der militärisch orientierten Fraktion des westdeutschen Herrschaftskartells stoßen, die der größte Nutznießer der bisherigen Konzeption gewesen war. Der Einzug der kapitalistischen Reformpartei SPD in die Regierung, die Neuorientierung der NATO-Strategie [136]) und das Avancement einer noch relativ unbedeutenden sozialistischen Opposition in der BRD, die eine Neubestimmung der Bundeswehr als innerem, konventionellem Gewaltfaktor [137]) nach sich zog, isolierten jedoch die Militärtechnokraten immer mehr. Während nach der Mittelfristigen Finanzplanung die Wissenschaftsausgaben des BMVtdg. von 1 028 Mio. DM (1970) über 1 098 Mio. DM (1971) auf 1 175 Mio. DM (1972) steigen sollen (= 6,7 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr), sind allein für das BMwF Steigerungen

133) Hennenhöfer, a.a.O., S. 41; Hennenhöfer stellt weiter fest: „Von den Hunderten von Patenten, die jede der weltbekannten Firmen der USA wie General Electric, General Motors . . . u. a. aus Regierungsaufträgen für Verteidigungs- und Raumfahrtforschung entwickelt haben, sind nur sehr wenige für zivile Zwecke ausgewertet worden" (S. 41). Trotz dieser „Erkenntnis" ist es illusionär, zu glauben, die US-Regierung würde gegen den amerikanischen militärisch-industriellen Komplex angehen; nicht nur in den USA haben nebenbei etwa 2000 ehemalige Offiziere in 95 industriellen Rüstungsunternehmen hohe Stellungen: auch in der BRD nimmt die Zahl der Militärs in der Industrie rapide zu; vgl. Der Spiegel, 8/1969, u. 5. Dt. Bundestag, Drucksache V/4066, S. 69, sowie Frankfurter Rundschau v. 28. 3. 1969.

134) Anfang 1966 hatte Stoltenberg noch auf die „kontroversen Diskussionen" um die Forschungspolitik hingewiesen und die Möglichkeit staatlicher Förderung technischer Entwicklungen kaum verhüllt verneint (vgl. G. Stoltenberg, Zukunftsaufgaben deutscher Wissenschaftspolitik, Vortrag am 28. 1. 1966 vor dem Wirtschaftsbeirat der Union e. V., München o. J.); im Juli 1966 befürwortete er die „gezielte Förderung konkret umrissener Projekte . . . weil der Staat im Interesse der Allgemeinheit bestimmte Forschungs- und Entwicklungsprojekte besonders vorantreiben müsse", G. Stoltenberg, Forschungsplanung — Möglichkeiten und Grenzen, in: Kieler Vorträge, Neue Folge 47, zit. n. Hennenhöfer, a.a.O., S. 49. Im Januar 1967 kündigte er in der VDI-Zeitschrift 1/1967 (S. 19) an, daß sich in Zukunft „die staatliche Förderung auch weiterhin auf die angewandte Forschung, die entwicklungsorientierte Forschung und die technische Entwicklung selbst erstrecken müsse . . . Es zeichnet sich ab, daß eine staatliche Förderung industrienaher Forschung und Entwicklung auch in anderen Bereichen nötig sein wird."

135) Pressedienst des BMwF 6/1969; zentrale Bedeutung für die „neue Forschungspolitik" haben das Gutachten Hennenhöfers, dessen Vorschläge für die Industrie in den BDI-Jahresberichten der folgenden Jahre wiederzufinden sind, und das X. „Gespräch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft", das vom GKWW am 7. 11. 1966 über das Thema „Industrieforschung — Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen einer zeitgemäßen Forschungspolitik" abgehalten wurde; vgl. auch G. Stoltenberg, Initiator Staat? in: „Protokoll des Wirtschaftstages der CDU/CSU 1969 ‚Die Freiheit erhalten!' ", Hg. v. Wirtschaftsrat der CDU e. V., Bonn 1969, S. 132.

136) Die neue NATO-Strategie war am 13. 12. 1967 auf der NATO-Ministerratstagung mit dem Dokument MC 14/III niedergelegt worden und lief unter dem Begriff der „flexible response" auf eine Reduktion der Bundeswehr zu einem konventionellen Gewaltfaktor hinaus.

137) Vgl. R. Rilling, Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse? in: Marxistische Blätter, 4/1968, u. K.-H. Roth, Polizisten gegen Demokraten, in: konkret, 6—8/1969.

von 2,7 Mrd. DM (1970) über 3,4 Mrd. (1971) auf 4,0 Mrd. (1972) (= Steigerungen um 22,7 %, 25,9 % und 17,7 %) vorgesehen. So zeigt sich hier die starke Stellung der Ziviltechnokraten ebenso wie die Sonderstellung der Kriegsindustrie, die — gemessen an anderen Sektoren der Mittelfristigen Finanzplanung — sehr hohe Steigerungsraten durchdrücken konnte [138]). Ein „gemäßigter" Ausbau der Vernichtungswissenschaft scheint der gegenwärtig optimale Kompromiß zu sein: eine weitere Reduzierung der Vorhaben verbietet sich schon aus der Notwendigkeit, als „wesentliches Motivations- und Antriebsmoment zur Absorption volkswirtschaftlicher Überschüsse" [139]) zu fungieren und den Zwängen zur Kapitalentwertung und -vernichtung Genüge zu leisten, die sich aus den strukturellen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems ergeben, und weiter zunehmend aus der politischen Notwendigkeit, mit der Durchführung von Vorhaben im Rahmen weitgesteckter „counter-insurgency"-Programme Handhaben für machtpolitische Kalküls liefern zu können.

Die Schwerpunkt-, Projekt- und Hochschulforschung in der „neuen Forschungspolitik"

1967/68 begannen die Ziviltechnokraten die bereits initiierten Programme zu intensivieren und neue Programme einzuführen: Elektronische Datenverarbeitung (EDV), Meeresforschung, Neue Technologien. In alle drei Programme gehen ökonomische, militärische und machtpolitische Erwägungen ein:

a) Das ökonomische Motiv: Während das EDV-Programm „die Entwicklung leistungsfähiger inländischer Unternehmen gegen die monopolähnliche Stellung gewisser ausländischer Unternehmen" [140]) zum Ziel hat und den Einsatz der EDV im Rahmen der Kern-, Raumfahrt- und Meerestechnik vorbereiten und organisieren soll, will man mit dem Programm Meeresforschung vor allem der zu erwartenden Rohstoffverknappung zuvorkommen [141]) und mit dem Programm Neue Technologien die industrielle FE direkt dort fördern, „wo Schlüsseltechnologien zu erkennen sind, wo die deutsche Industrie in technologischen Fortschrittsgebieten gewichtigen Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt ist und wo zukunftsträchtige Technologien wegen des großen inhärenten Risikos von der Industrie nicht oder nur ungenügend aufgegriffen werden" [142]).

b) Das militärische Motiv: Die EDV wird vom BMVtdg. vor allem zum Aufbau militärischer Führungssysteme gefördert [143]) und im Rahmen der Wehrtechnik organisiert; für die militärische Meeresforschung vergibt das BMVtdg. Aufträge an Institute „vor allem der Hochschulen" [144]), wobei hier ebenso wie im

138) Vgl. BF III, S. 155, und Wehrtechnik, 4/1969.

139) J. Hirsch, a.a.O., S. 30.

140) IK v. 26. 4. 1969; 1968 hatten die deutschen Produzenten einen Anteil von 20 % an den insgesamt installierten Anlagen. Wie diese „Entwicklung" vor sich geht, macht der IK v. 4. 6. 1969 am Beispiel der Hoesch AG klar: „Mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage wird eine Gewinnsteigerung von rund 1,2 Mio. DM im Jahr erzielt, und zwar nach Abzug der Kosten für die Maschine und die Programmierung." Im Rahmen des DV-Programms werden die Mittel bis 1971 auf ca. 300 Mio. DM (BMwF-Finanzierung) steigen; für 1971—1975 sind ca. 750 Mio. DM vorgesehen.

141) Beteiligt an dem Meeresforschungsprogramm, das bis 1973 mit rd. 400 Mio DM staatlich gefördert werden soll, sind (entweder über die „Deutsche Kommission für Ozeanographie" oder die „Wirtschaftsvereinigung industrieller Meerestechnik e. V." (WIM)) die Konzerne Preussag (Metall-Erdöl-Erdgasgewinnung), Thyssen (Werkstoffprobleme), Messerschmidt-Bölkow (Systemtechnik), Demag (Fördertechnik, Urangewinnung), Siemens (EDV in der Meerestechnik) u. a. m.; die Funktion der WIM besteht nach dem IK v. 23. 9. 1969 in der Kanalisierung des „Gedränge(s) am Einstieg zum großen Geld" und des „Tauziehen(s) um die Bonner Meeres-Millionen" . . .

142) Dieses Programm, das direkt mit der Absicht eingerichtet wurde, die „technologische Lücke" aufzuheben, soll vom BMwF 1973 mit 300 Mio. DM gefördert werden.

143) Vgl. BF III, S. 105, u. K. Steinbuch, Möglichkeiten der Computer-Verwendung im militärischen Bereich, in: Jahrbuch der Wehrtechnik 1966, a.a.O., S. 202 ff.

144) BF III, S. 84.

Programm Neue Technologien breite Überschneidungen mit den übrigen Vorhaben existieren [145]).

c) Das machtpolitische Motiv: innerhalb des EDV-Programms werden mit den Datenbanken für politische Informationen, für juristische und statistische Informationen „Instrumente der Informationsverarbeitung und damit des Führungsmanagements" [146]) geschaffen, die vor allem in der zentralen Ministerialbürokratie eingesetzt werden sollen.

Auf einer zweiten Ebene mußte nun die Hochschulforschung in die „neue Forschungspolitik" eingefügt werden. Das relative Zurückbleiben der Hochschulforschung hinter die Industrieforschung in den frühen 50er Jahren ließ für die Industrie die Gefahr entstehen, daß die Hochschulforschung ihrer traditionellen Funktion als Lieferant einzelwirtschaftlich nicht profitablen Grundlagenwissens und vorgelagerte Ergänzungs- und Reservekapazität der industriellen FE nicht mehr gerecht werden konnte. Deshalb wurde Mitte der 50er Jahre eine Reihe von Entwicklungen eingeleitet, die Mitte der 60er Jahre zu Ende gingen bzw. auf einer anderen Stufe forciert wurden:

1) Einrichtung verschiedener „Big-science"-Programme, in die breite Kapazitäten der HochschulFE integriert wurden und eine gewichtige Ergänzungsfunktion ausübten;

2) massive Erweiterung der naturwissenschaftlich-technischen Kapazitäten der westdeutschen Hochschulforschung [147]), die bereits in dieser zweiten Phase der Entwicklung der HochschulFE nach 1945 von monopolistischen Industrien (Elektronik- und Chemiebereich) dazu genutzt wurde, die traditionelle Form der Verwertung der HochschulFE (Vertragsforschung) aufzugeben und sich ganze universitäre FE-Einrichtungen- und -zielsetzungen direkt unterzuordnen [148]).

3) Parallel dazu verschafften sich vor allem diese Industriekonzerne Sitz und Stimme in allen allmählich entstehenden wissenschaftspolitischen Lenkungsgremien und nach und nach in 31 Förderungsgesellschaften der Hochschulen [149]).

Die 1965/67 einsetzende dritte Phase in der Entwicklung der HochschulFE ist vor allem von folgenden Faktoren bedingt:

a) Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der monopolistischen Industrie riesige Forschungszentren aufgebaut worden. Dies bedingte ein neues Verhältnis zur Hoch-

145) Vgl. Wehrforschung — streng geheim? Teil II — Über und unter dem Meeresspiegel, v. 18. 11. 1968, und BF III, S. 105.

146) Diese Datenbanken sollen leisten: Analyse und Auswertung politischer Meinungen und Analyse politischer Texte, um Motive, Absichten und Trends aus solchen Texten zu erkennen, volkswirtschaftliche Prognosen z. B. über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, Effektivierung der Arbeit des Bundeskriminalamtes. Ihr Stellenwert innerhalb der Errichtung technisch hochentwickelter und effektiver Befriedungssysteme wird an den Ausführungen des BF III (S. 71/2) über die Sozialwissenschaften deutlich: das BMwF will ab 1970 ein sozialwissenschaftliches Informationszentrum unterstützen, das 1969 errichtet werden und „insbesondere den Organen der Gesetzgebung und Verwaltung sowie den Institutionen der Wissenschaft und Wirtschaft" und „den obersten Bundeseinrichtungen" Herrschaftswissen verfügbar machen soll; „Themen, zu denen schon jetzt vorläufig Informationen von Sozialwissenschaftlern bereitgestellt werden könnten, sind z. B.: Konfliktmöglichkeiten der Gesellschaft in den siebziger Jahren . . . Schwerpunkte antidemokratischer und antiparlamentarischer Einstellungen in der Bevölkerung".

147) Von den Förderungsbeiträgen der Industrie von 1949 bis 1958 flossen 72 % in die naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, 17 % in die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften und 11 % in die angewandte Medizin (vgl. Universität & Kapital, a.a.O., S. 35); von den Ausgaben der DFG entfielen im Rahmen des „Normalverfahrens" auf die Ingenieur- und Naturwissenschaften 1957 39 % der DFG-Gesamtausgaben, 1963 49 % und 1967 56 %, im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1967 71 %, dagegen auf die Geisteswissenschaften 8 %. Die personelle Forschungskapazität der TH's vergrößerte sich von 1953/54 auf 1963/64 um das 2,6fache, die der Universitäten nur um das 1,9fache; vgl. Wissenschaft im Klassenkampf, S. 101.

148) So ist die technische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg bis auf das Fach Mechanik identisch mit dem Erlanger Forschungszentrum des Siemenskonzerns.

149) Erkauft wurden diese Positionen durch hochherziges Mäzenatentum, wobei die gespendeten Pfennigbeiträge noch zu 50 % aus Steuerersparnissen finanziert sind; für die „Wissenschaft" stiftete der „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft" 1968 exakt den 400sten Teil des Betrages, den die deutsche Wirtschaft jährlich für Werbung ausgibt: 28,5 Mio. DM.

schulforschung. Auf einigen Sektoren verfügten nun eine Handvoll oder noch weniger Konzerne über die gesamte Breite des Branchenprogramms [150]), so daß sich durch die intensivere und breitere Anwendung der unternehmenseigenen FE-Ergebnisse für sie der ökonomische Nutzen der FE immer mehr vergrößerte; damit wurde für sie auch Grundlagenforschung in gewissem Maße profitabel. Grundlagenforschung, Angewandte Forschung und technische Entwicklung wurden nun innerhalb der Konzerne in einem Prozeß zusammengefaßt. Die Bedeutung der Hochschulen als Lieferanten von Grundlagenwissen nahm ab [151]); entsprechend fällt nun der Anteil der industriellen Vertragsforschung an den Universitäten an den Gesamtforschungsaufwendungen der Industrie — d. h. diese Konzerne werden von der HochschulFE immer unabhängiger —, während ihr Anteil an den universitären Forschungsvorhaben und damit die Abhängigkeit der Hochschulen von der Industrie gemäß der absolut expandierenden Industrieforschung rasch zunimmt.

b) Ein immer größerer Teil der gesamtgesellschaftlichen FE-Aufwendungen konzentriert sich auf den Bereich ökonomisch direkt verwertbarer FE, so daß die universitäre Forschung zum einen immer relativ bedeutungsloser wird und zum anderen allmählich immer näher an den kapitalistischen Verwertungsprozeß herangeführt wird. Sie tritt ihre Chance, Richtung und Zweck der Hochschulforschung auch nur zu beeinflussen, immer mehr an die Industrie ab, die dazu überging, ihre ohnehin winzigen — aber für die einzelnen Institute lebenswichtigen — Spenden fast nur noch zweckgebunden zu vergeben [152]), die Vertragsforschung mit den staatlichen Organen abzustimmen [153]) und die Zentralisierung der Forschungspolitik voranzutreiben [154]).

c) Die durch den Aufbau der staatlichen Schwerpunktprogramme (die in einem relativ eng begrenzten Bereich auf vorprogrammierte Ziele vorangetrieben wurden) drohende Verödung angrenzender und vorgelagerter FE-Sektoren (die sich vor allem an den Hochschulen befanden), mußte im Interesse der langfristigen Stabilisierung dieser Schwerpunktprogramme eingedämmt und zugleich stabilisiert werden. Als Vehikel sollten die vom WR und der DFG vorprogrammierten „Sonderforschungsbereiche" dienen, mit denen nach dem BF III eine „Konzentration der Forschung und ... Arbeitsteilung, die Kooperation von Wissenschaftlern bei interdisziplinären Forschungsaufgaben und ein Verbundsystem zwischen Hochschulforschung und hochschulfreier Forschung einschließlich der

150) Vgl. Huffschmid, a.a.O., S. 46 ff.

151) In K. Berthold, Die Grundlagenforschung industrieller Großunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1969, wurden die 37 umsatzgrößten Unternehmen der BRD des Jahres 1965 nach der unternehmenseigenen Grundlagenforschung befragt; mindestens 28 Umsatzmilliardäre betreiben Grundlagenforschung, die Ausgaben betrugen bei 5 Unternehmen 25 % des unternehmenseigenen FE-Aufwandes, bei 1 Konzern 15 %, bei 3 10 % und bei weiteren 3 5 %; ein Drittel dieser Umsatzmilliardäre vergibt Aufträge über Grundlagenforschung an Hochschulen; vgl. Berthold, S. 147, 151/2.

152) Die Förderergesellschaft der Universität Tübingen brachte 1967 530 000 DM auf, davon 345 000 zweckgebunden; für die Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft lauten die entsprechenden Zahlen 90 000 bzw. 60 000 DM; von den 1968 bei der TU Berlin eingegangenen 603 000 DM waren 513 000 DM zweckgebunden.

153) Die Vertragsforschung war Gegenstand von Koordinationssitzungen zwischen Industrie (unter Leitung der AEG) und BMwF/BMWi im Sommer 1968.

154) Anfang 1966 wurde der Kabinettsausschuß für Wissenschaft und Forschung gegründet, 1967 der „Beratende Ausschuß für Forschungspolitik" beim BMwF konstituiert und gegen Ende der Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die eine nahezu uneingeschränkte Möglichkeit der Steuerung der Hochschulforschung durch den Bund bieten. Diese Zentralisierung wird mit am schärfsten unmittelbar auf Universitätsebene wirksam werden: „Bei aller Wertschätzung von Lehre und Forschung ist es höchste Zeit, Begriffe des heutigen Managements, wie Planen, Führen, Delegieren und Kontrollieren, als tragende Säulen in diese Gedankenwelt einzuschleusen" (VW-Vorstandsmitglied Holste, zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24. 9. 1968), wobei Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Universitätsspitze zunehmend ausgeschaltet werden. Zur Durchsetzung dieser Zentralisierung werden die Universitäten von der Industrie nach frühkapitalistischer Manier erpreßt: Balke sieht eine „Gefährdung der von der Wirtschaft geleisteten Forschungsförderung" durch die Mitbestimmung, welche „die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Forschung an unseren Hochschulen ernsthaft bedroht" (Der Arbeitgeber, 14/1969, S. 560). In einem Erpressungsbrief an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz drohte Balke erneut, durch studentische Mitbestimmung werde „die Förderung der Forschung an Hochschulen ernster in Frage gestellt"; sie würde „unvermeidlich die Bereitwilligkeit der Industrie schmälern, im bisherigen Umfang Forschungsmittel bereitzustellen" (Frankfurter Rundschau v. 31. 10. 1969).

Industrie" [155]) erreicht werden soll. Hierzu sollen zunächst bestimmte Forschungsbereiche gefördert werden, wobei die Kosten bis 1970 je zur Hälfte von Bund und Ländern, dann zu $^2/_3$ vom Bund getragen werden sollen; 1968 wurden 4,4 Mio. DM, 1969 20 Mio. DM bereitgestellt, bis 1973 sollen es 100 Mio. DM sein [156]). Die bislang eingerichteten Sonderforschungsbereiche fügen sich nicht nur in die Schwerpunktprogramme der DFG und des Bundes ein, sondern folgen auch der Tendenz zur Ausweitung der naturwissenschaftlich-technischen FE-Sektoren: von den 1969 bereitgestellten Mitteln entfielen knapp 10 % auf geisteswissenschaftliche, 25 % auf medizinische und 65 % auf mathematische, natur- und ingenieurwissenschaftliche Vorhaben [157]). Nach dem Bund-Länder-Abkommen vom 11. Juni 1969 (Paragraph 10) kann der Bund unter bestimmten Voraussetzungen selbst Sonderforschungsbereiche fördern, die er „unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Entwicklung für besonders förderungsbedürftig hält" [158]). Diese haben entweder rein imperialistischen Charakter [159]) oder fungieren als Zuhälter für die Industrie zur Erhaltung der Ware Arbeitskraft [160]). So können die Sonderforschungsbereiche als die Keimzelle für eine von Staatsapparat und Industriebürokratie über die DFG und den WR zentral gelenkten Zerschlagung der Hochschulforschung interpretiert werden. Die Förderung eines solchen Bereiches heißt, daß die betroffene Hochschule „auf einen entsprechend starken Ausbau anderer Gebiete verzichten muß" [161]). Die Einrichtung eines solchen Sonderforschungsbereiches hat „eine Strukturierung der Fakultäten in der mit der Wahl der Gebiete eingeschlagenen Richtung zur Folge" [162]) — oder im Klartext: In zahlreichen Wissenschaftsbereichen wird die Hochschulforschung allmählich liquidiert, die einzelnen Forschungsschwerpunkte werden allmählich die gesamte Forschungskapazität der einzelnen Hochschulen ausmachen. Diese vom Wissenschaftsrat unter dem Vorsitzenden Leussink eingeleitete Entwicklung wird unter dem Bundesminister Leussink fortgeführt werden; in einem Brief vom 12. März 1969 kündigte Leussink an: „Weiter wird auch zur Entwicklung der Forschungskapazität Stellung zu nehmen sein. Hier wird eine Konzentration anzustreben sein, die erheblich über die Bildung von Sonderforschungsbereichen hinausgeht. Es muß gesagt werden, wo welches Fach besonders stark ausgebaut werden soll und wo es abzubauen ist. Es wird auch zu überlegen sein, ob die Forschungskapazität immer parallel zur Ausbildungskapazität erweitert werden soll, oder ob z. B. die Ausbildung von Lehrern für alle Schulen an bestimmten Hochschulen konzentriert werden soll" [163]). Die Kriterien für die Errichtung solcher Schwerpunkte wurden von Leussink in schöner Offenheit dargelegt: „Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus ... Gewinnung wissenschaftlich ausgebildeter Kräfte und ... Erzielung wirtschaftlich verwertbarer Forschungsergebnisse" [164]), denn — so Leussink —: „Das Geschäft besteht in Wirklichkeit darin, Produkte der Forschung so schnell wie möglich in industrielle Produktion umzusetzen" [165]).

155) BF III, S. 58.
156) Vgl. Pressedienst des BMwF, 22/1968, 5, 11, 12, 17/1969.
157) Pressedienst des BMwF, 11/1969; weiter heißt es: die „Anzahl der vom Senatsausschuß (der DFG, d. V.) nicht befürworten und vom ad-hoc-Bewilligungsausschuß abgelehnten (geisteswissenschaftlichen, d. V.) Anträge war unverhältnismäßig groß."
158) Sobotta, a.a.O., S. 51.
159) Vgl. WR, Verzeichnis, a.a.O., S. 7: „Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Sicherheit sowie Modernisierung des Sicherungssystems, Recht der Technik, Unternehmensforschung ... Demographie unter Einbeziehung der Entwicklungsländer, Bauwesen und Infrastruktur in tropischen Regionen". In diesem Kontext ist auch die von Stoltenberg unternommene Initiative für eine wesentlich verstärkte Förderung der Auslandswissenschaften zu sehen; vgl. Pressedienst des BMwF, 17/69.
160) Vgl. WR, Verzeichnis, a.a.O., S. 286.
161) WR-Empfehlungen, Ausbau, a.a.O., S. 130.
162) WR-Empfehlungen, Ausbau, a.a.O., S. 129.
163) Schreiben des WR-Vorsitzenden Leussink v. 12. 3. 1969 an die Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik über „Langfristige Tendenzen beim Hochschulausbau", S. 8.
164) Schreiben, a.a.O., S. 1.
165) 6. Dt. Bundestag, 7. Sitzung v. 30. 10. 1969, Sten. Ber. S. 188.

Diese Entwicklung zur Zerschlagung der Hochschulforschung bzw. ihrer direkten Subsumtion unter die monopolistische Industrie wird verzögert und modifiziert durch die Auseinandersetzungen und Interessengegensätze innerhalb des Gesamtkapitals. Es ist einerseits der forschungsintensiven, monopolistischen Industrie gelungen, sich über die staatlichen Schwerpunktprogramme und die Sonderforschungsbereiche die kurz- und längerfristige Verwertung der sie interessierenden Hochschulforschung direkt zu sichern. Andererseits aber sind auch die mittlere und kleine Industrie zunehmend auf die kapitalistische Verwertung der Hochschulforschung angewiesen, so daß dem Interesse der monopolistischen Industrie an der Zerschlagung bzw. straffen Konzentration der Hochschulforschung das Interesse anderer Teile des Gesamtkapitals an der Hochschulforschung als Lieferant später verwertbaren Grundlagenwissens und angewandten Wissens (TH's!) entgegensteht. Allem Anschein nach hat die Staatsbürokratie und das BMwF 1968 diesen Interessenwiderspruch erkannt und versucht, durch die Errichtung eines „Forschungsverbundes" zwischen Hochschulforschung/AIF-FhG/ mittlere Industrieforschung auf einer zweiten Ebene „unterhalb" der staatlichen Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche die Verwertungschancen der zurückgebliebenen Teile des Gesamtkapitals zu verbessern [166]). Die Einleitung von Schwerpunktprogrammen jedoch, die kraß auf die Bedürfnisse der monopolistischen Industrie zugeschnitten sind, läßt vermuten, daß diese Maßnahmen mehr Subventionscharakter haben und es der monopolistischen Industrie gelungen ist, den übrigen Teilen des Gesamtkapitals zumindest ansatzweise ihre Bedingungen zu oktroyieren und die angestrebte forschungspolitische Gesamtprogrammierung auf die konzentrierte staatliche Förderung der Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche zu reduzieren.

Die Konzequenzen für die Hochschulforschung können somit formuliert werden:

1) Die allgemeine Bedeutung der Hochschulforschung als Produktionsstätte ökonomisch verwertbaren Wissens im Interesse der Kapitalverwertung wird langfristig abnehmen. Ein Teil der gegenwärtig noch betriebenen Grundlagenforschung wird direkt in die monopolistische Industrie integriert und von den Hochschulen verschwinden.

2) Über die staatsmonopolistischen Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche werden einzelne Forschungskapazitäten in integrierte Verbunde zusammengefaßt, die von Staats- und Monopolbürokratien programmiert und gelenkt und tendenziell aus der Universitätsorganisation herausgebrochen werden. Die Organisation der in diesen Bereichen betriebenen Forschung wird dabei den disziplinierenden Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßt [167]). Als Vehikel dienen vor allem die Sonderforschungsbereiche, mit denen zugleich der Widerspruch zwischen Einschränkung der Hochschulforschung zugunsten der Ausbildungsfunktion und der notwendigen Expansion des gesamten nationalen FE-Potentials gelöst werden soll; ebenso wird über sie die imperialistische FE-Programmatik (s. u.) an den Universitäten realisiert.

3) Die völlige Zerschlagung der übrigen Hochschulforschung wird verzögert durch die Abhängigkeit zurückgebliebener Teile des Gesamtkapitals von der

166) In die FhG sollen 35 Institute aufgenommen werden, die Zuschüsse des BMwF sollen bis 1973 auf jährlich ca. 22 Mio. DM steigen und AIF und FhG sollen — teilweise durch Personalunion in den Entscheidungsgremien — weitgehend fusionieren, ohne daß jedoch die Kriegsforschung aus der FhG ausgegliedert wird.

167) Berthold zitiert einen der befragten westdeutschen Umsatzmilliardäre: „Mit Wissen des Top Management wird von der FE-Leitung das Bearbeiten unangemeldeter Projekte geduldet. Wenn man einem Forscher nicht mindestens 10 % seiner Zeit zum Spielen gibt, wird er trocken, wird er nicht mehr fündig" (Berthold, a.a.O., S. 105). Die Zeitschrift „Chemische Industrie" (XVII/1965, S. 730/1) kennzeichnete die Industrie FE folgendermaßen: „Zwang ist das Gesetz der angewandten, vor allem der industriellen . . . Forschung. Zwang nicht nur von außen; auch innere, betriebsinterne Zwänge und Hürden sind zu überwinden zum Beispiel der Zwang zur :gemeinsamen Kalkulation, zum Prestige und zum betrieblichen Eigennutz".

Hochschulforschung. Der Interessengegensatz zwischen der fortgeschrittenen monopolistischen Fraktion des Gesamtkapitals und dieser Fraktion, die gegenwärtig die traditionelle Verwertungsweise der Hochschulforschung intensiviert und modernisiert (Vertragsforschung, Verbundsystem der zweiten Ebene [168]), wird eine einheitliche Entwicklung der Hochschulforschung verhindern.

4) Neben diesem Konflikt wird unter der neuen SPD/FDP-Regierung sich die Auseinandersetzung zwischen der monopolistischen, forschungsintensiven Fraktion des Gesamtkapitals, die inzwischen auf Grund des Mechanismus des Monopolprofits bzw. der Konzentration ökonomisch verwertbaren Wissens an der Unterdrückung bzw. dem Hinauszögern der Anwendung technischer Erfindungen interessiert ist [169]) und dementsprechend die staatlichen FE-Programme auf einige wenige Projekte konzentrieren möchte, und dem Staatsapparat in seiner Funktion als ökonomischen Regulierungs- und Stabilisierungsfaktor, der eine forschungspolitische Gesamtplanifikation im Rahmen der allgemeinen Bedingungen der Kapitalverwertung anvisiert, wesentlich verschärfen und für die Entwicklung der Hochschulforschung ebenso entscheidend sein.

5) Mit der endgültigen Transformation der „Ordinarienuniversität" in einen den gegenwärtigen allgemeinen und spezifischen Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßten Universitätsbetrieb wird die Hochschulforschung vollends den allgemeinen Widersprüchen des kapitalistischen Systems, die eine Entwicklung der „Produktivkraft Wissenschaft" beschränken, unterworfen:

— dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der „Produktivkraft Wissenschaft" und der durch ihre Anwendung geprägten Produktion und der weiterbestehenden, privaten Aneignung und dispositiven Kontrolle deren Ergebnisse;

— der Ausrichtung der „Produktivkraft Wissenschaft" auf die Bedürfnisse der kapitalverwertenden Klasse statt auf die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft [170]);

— der organisierten „Entfaltung" der „Produktivkraft Wissenschaft" im Rahmen

---

168) Dies zeigt die Entwicklung der AIF; sie arbeitete 1961 mit 85 Hochschulinstituten zusammen. Sechs Jahre später waren es nach dem AIF-Handbuch 1968 mindestens 61 Institute der Universitäten und 157 Institute der Technischen Hochschulen und Universitäten; so daß die Anzahl der betroffenen Hochschulinstitute um nahezu 250 % anstieg! Der tatsächliche Umfang der über die AIF organisierten industriellen Vertragsforschung liegt noch wesentlich höher, da zahlreiche in der AIF organisierte industrielle Forschungsvereinigungen keine spezifizierten Angaben machen und zahlreiche Hochschulinstitute mehrfach frequentiert werden (die Zahl der Kontakte liegt mit 316 weit über den angeführten 218 Hochschulinstituten). Zentren der über die AIF organisierten Vertragsforschung sind Stuttgart (17 Institute), Hannover (16), Karlsruhe (17), München (19), Darmstadt (13), Clausthal-Zellerfeld (12), Aachen (37), Berlin (22), Braunschweig (21), während die Universitäten im Durchschnitt Zwei- bis Vierfachnennungen aufweisen. Daß die tatsächliche Indienstnahme der HochschulFE durch die Vertragsforschung noch um ein Vielfaches umfangreicher ist, zeigen die Größenordnungen: für industrielle Gemeinschaftsforschung, die vor allem durch die AIF organisiert wird, gibt die Industrie knapp den 50sten Teil ihrer unternehmenseigenen Aufwendungen aus! Grundlegende Voraussetzung für Verträge ist im übrigen „die vertrauliche Behandlung der gestellten Aufgabe durch alle Mitarbeiter im festgelegten Maß und über eine zu bestimmende Frist" (DFG, Empfehlungen für die Arbeitsweise (Sonderdruck), Bad Godesberg 1960, o. S.); auch wenn ein Konzern seinen Vertrag einseitig kündigt, bleiben die übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Geheimhaltung und der Schutzrechte weiter bestehen, vgl. DFG, Empfehlungen zum Vertragsabschluß (Sonderdruck), Bad Godesberg 1960, o. S.

169) Vgl. E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 441 ff.

170) Der Anteil der von der DFG 1968 im Normalverfahren abgelehnten Vorhaben (durchschnittlich 24 %) „war am höchsten auf Gebieten, die nicht kurzfristig profitträchtig erscheinen — etwa Architektur, Städtebau und Landesplanung (53 % abgelehnt), Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (38 % abgelehnt), praktische Medizin (34 % abgelehnt)". Für alle Vorhaben auf den Gebieten der Frühinvalidität, der Luftreinhaltung, des Lärmschutzes, der Fremdstoffschäden, der Gesundheitsgefährdung durch Arbeitsstoffe und der Krebsbekämpfung zahlte die DFG 1968 2,4 Mio. DM (Der Spiegel, 40/1969, S. 98); für Unternehmensforschung wandte sie im Jahr zuvor eine dreiviertel Million auf, für römische Provinzialarchäologie 540 000 DM. 1968 bewilligte die DFG 97 % aller beantragten Mittel für die Erforschung der „Frühgeschichte der Industrie in Deutschland" (das Programm läuft seit 5 Jahren), lehnte aber 46 % aller beantragten Zuschüsse für empirische Kriminologie ab (seit 1 Jahr gefördert). Im Rahmen des Programms Neue Technologien werden nun kümmerliche Ansätze gemacht: etwa die Förderung der Rehabilitationsforschung und -entwicklung (beantragt: 640 000 DM, bewilligt: knapp 420 000 DM), die ebenso der ökonomischen Kalkulation unterworfen wird (vgl. Süddeutsche Zeitung, Sonderdruck, a.a.O.). Nicht oder nur minimal werden gefördert: Verkehrsunfallforschung, Städtebau/Architektur, Raumplanung, Ernährungsforschung, Arbeits- und Sozialmedizin, Bildungsforschung, Friedensforschung, Lärmforschung, Abgas- und Abwässerforschung, Soziologie etc.

der systematischen Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums (Rüstung, Verschleißproduktion) [171];

— der Verhinderung einer langfristigen und gleichmäßigen materiellen Förderung und Entfaltung der „Produktivkraft Wissenschaft" durch die angesichts zyklischer Konjunkturschwankungen trotz der staatlichen Regulierungstätigkeit beschränkten und anarchischen Investitionstätigkeit [171a];

— der Konkurrenz der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen in- und außerhalb der staatlichen Schwerpunktprogramme und der daraus resultierenden ungleichgewichtigen Entwicklung der einzelnen FE-Kapazitäten und ökonomisch sinnlosen Doppelarbeit in der FE [172];

— der Beschränkung der Anwendungsmöglichkeiten von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen durch Betriebsgeheimnisse und militärische Geheimhaltung [173];

— der Beschränkung der FE-Tätigkeit durch Monopolisierung ihrer Ergebnisse vor allem mittels Patentpaketen [174];

— der Beschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeiter und damit der Grundlage der „Produktivkraft Wissenschaft" [175];

— der systematischen Verwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zur Aufrechterhaltung der Legitimationsbasis des bestehenden Herrschaftssystems statt zur „Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen".

---

171) So wurden bei Damenstrümpfen Luftbläschen eingelagert, die sie brüchig machen; die mittlere Leuchtdauer von Leuchtröhren wurde von 100 000 auf 3000 Stunden herabgesetzt; vgl. auch die Aussagen von Leon Kelley, leitender Angestellter der Fa. Fishler, Zealand & Co — „Wenn die Waren nicht schnell genug verschleißen, haben die Fabriken nichts mehr zu tun und die Menschen werden arbeitslos" — oder des Vorsitzenden der Whirlpol Corporation (USA) vor jungen Ingenieuren: „Der Ingenieur hat in erster Linie die Aufgabe, Obsoleszens zu erzeugen" (zit. n. VDS [Hg.], Hochschulgesamtplan, Heidelberg 1969, S. 50); vgl. auch Mandel, Wirtschaftstheorie, S. 441 ff., und Packard, a.a.O.

171a) Bereits die bisherigen Versuche zeigen die systemimmanenten Beschränkungen einer langfristigen forschungspolitischen Gesamtplanifikation, wobei widersprüchliche gesellschaftliche und ökonomische Interessen disparate Entwicklungen ingang setzten, die vor allem in der Anfangsphase zu Beginn der 60er Jahre deutlich wurden: die WR-Empfehlungen von 1960 zur Bildung von Forschungsschwerpunkten bzw. zum Ausbau vorhandener Kapazitäten wurden deshalb nur teilweise verwirklicht, weil sie nur die Interessen eines Teils des Gesamtkapitals wiederspiegelten; zudem bewirkte die unkontrollierte Errichtung neuer Standorte der Industrie häufig eine Erweiterung nahegelegener HochschulFE-Kapazitäten, die auch den Intentionen des Staatsapparats widersprachen — so z. B. im Falle der süddeutschen elektrotechnischen Industrie und der entsprechenden Institute der TH's Stuttgart und Karlsruhe oder des „Entwicklungsrings Nord" der Luftfahrtindustrie und der TH's Braunschweig und Aachen.

172) Vgl. die Aussage eines Bauingenieurprofessors, zit. n. Der Spiegel, 40/1969, S. 90: „Bei mir läuft ein Projekt, bei dem sich eine Zusammenarbeit mit einem anderen Institut unmittelbar anbietet. Ich kenne den Ordinarius sehr gut. Aber er hat den Auftrag von einer Industriefirma und hat Geheimhaltungsvorschriften. Ich habe Kontakte zur Konkurrenz. Wir können gar nicht zusammenarbeiten, obwohl wir es wollen." Nach Angaben von Bund bringen in dem von ihm untersuchten Bereich der Industrieforschung „nur 40 % der Arbeiten ... einen technischen Fortschritt hervor, die übrigen 60 % werden parallel dazu vollzogen" (vgl. Bund, a.a.O., S. 98).

173) Vgl. Berthold, a.a.O., S. 121: „Einige Umsatzmilliardäre betonten, daß sie eine Publikation grundsätzlich erst dann gestatten, wenn der durch diese Veröffentlichung wiedergegebene Stand ihres Wissens bereits überholt ist." — „Die Unternehmen beeinflussen aber nicht nur den Zeitpunkt, sondern auch die Quantität und die Qualität der Veröffentlichungen." Der BASF-Forschungsleiter A. Steinhofer weist in seinem Aufsatz „Industrielle Forschung" (in: Studium Generale, 5/1963, S. 269) auch bedauernd auf die „harten Realitäten" der IndustrieFE hin: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik „können u. U. dazu führen, daß wissenschaftlich wertvolle Arbeiten zurückgestellt werden müssen, Serienversuche den Vorrang vor interessanten Schritten in wissenschaftliches Neuland haben, wichtige Erkenntnisse nicht sofort veröffentlicht werden können."

174) „Nur wenige Prozente der als Niederschlag erfolgreich abgeschlossener industriellen Forschungsarbeiten zum Patent angemeldeter Verfahren, Konstruktionean und Produkte werden technisch ausgewertet; der weitaus größte Teil der in Kraft befindlichen Schutzrechte hat die Aufgabe, als Sperrpatente einzelne wichtige Entwicklungen zu schützen" (Steinhofer, a.a.O., S. 272). Nach der Konzentrationsenquete von 1964 hielten am 30. 4. 1962 1,2 % aller Patentinhaber 45,5 % aller inländischen Patente (das sind 172 Unternehmen!), der Rest verteilte sich auf 14 750 Unternehmen; von den 1952—1962 insgesamt entwickelten Patenten lagen 18 % bei den 10 größten Gesellschaften der elektrotechnischen und chemischen Industrie, davon 75 % aller für diese Industriezweige nutzbaren Patente; vgl. H. Heer, a.a.O., S. 73.

175) Vgl. zu einem Teilaspekt K. Borgmeier, Zur Soziologie betrieblicher Forschungs- und Entwicklungsinstitute, Diss., Münster 1960, S. 133/4: „Die wirtschaftliche Rationalität bedient sich zur Kontrolle des fachlich komplizierten FE-Prozesses jetzt auch unmittelbarer Methoden, solcher Kontrollmethoden, die man bisher für eine Spezialität der Organisation repetitiven Arbeitens halten mußte." — Ein Weg „führt über eine Weiterentwicklung des Refa-Systems zu quantitativen Bewertungen und fortgesetzten qualitativen Deskriptionen der FE-Arbeit."

Der imperialistische Charakter der „neuen Forschungspolitik"

Die zielgerichtete Einpassung der Forschungspolitik in außenpolitische Ambitionen war zu Beginn der 60er Jahre am deutlichsten von den Vertretern des sich herausbildenden militärisch-industriellen Komplexes der BRD formuliert worden. In einer Rede von Strauß im April 1966 vor dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU in München wird der ideologische Hintergrund und die politisch-pragmatische Ausformulierung dieses Vorgangs besonders deutlich: „... weil ich zutiefst davon überzeugt bin, daß das wissenschaftlich-technische Potential einer Nation heute ... in den Fragen der Einstufung dieser Nation, ihrer Gewichtigkeit, ihrer Durchsetzungsfähigkeit, nämlich der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ziele, eine wesentlich größere Rolle spielt als jemals in irgendeiner Generation vor uns" [176]). Dabei müssen sich die politische Bewußtlosigkeit der wissenschaftlich Arbeitenden und die politische Manipulation der „politischen Führung" gegenseitig ergänzen: „Wohl muß der Wissenschaftler um der Forschung willen forschen. Aber die politische Führung muß diesen Bereich der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und der technischen Entwicklung und der dahinter steckenden Produktionsmöglichkeiten in ein politisches Konzept einbauen ... Politische Führung muß wissen, was sie will, und sie muß versuchen, den Willen einer Nation so zu beeinflussen, daß ihre politischen Ziele Schritt für Schritt in Reichweite kommen" [177]). Bei dieser politischen Zielsetzung wird davon ausgegangen, daß der „technologische Wettlauf ... selbst zu einer wichtigen Form des modernen Krieges" [178]) geworden ist und deshalb „heute das Gleichgewicht der wissenschaftlichen oder militärischen Machtmöglichkeiten und damit der politische Führungsanspruch der einzelnen hochindustrialisierten Länder physisch durch das nationale Potential der Natur- und Ingenieurwissenschaften bedingt wird und deshalb ... der politische Führungsanspruch daran gemessen werden" [179]) muß. Ein Altnazi aus der technokratischen Militärfraktion formulierte die Konsequenz: „Jede Maßnahme, die geeignet ist, die Bildung, Handfertigkeit und das Wissen zu erweitern, dient dazu, die Kraft eines Volkes zur Verteidigung seines Lebensraums und zur Erhaltung seiner Lebensform zu stärken" [180]). Eleganter und noch präziser der „CDU-Reformer" Wörner im Bundestag: „Die politische Unabhängigkeit ist eine Funktion einer gewissen technologischen Unabhängigkeit" [181]). Bezogen auf die KriegsFE heißt das für die Militärfraktion: „Man kann heute feststellen, daß das Gewicht eines Volkes als Bündnispartner in der Politik nicht nur nach dem Kampfwert seiner Streitkräfte gemessen wird, sondern erheblich gesteigert werden kann durch seine Fähigkeit, Hervorragendes auf dem Gebiet der Wehrtechnik zu leisten" [182]). Wie sich dabei die politische Zielrichtung der Kriegsforschung ihren Propagandisten darstellt, zeigt die Äußerung des westdeutschen Vertreters in der Wissenschaftsabteilung der NATO, Schrader: „Von jeher war militärische Stärke ein wichtiges Element der Außenpolitik. Durch die moderne Wehrtechnik übt daher die Wissenschaft bei weitem den größten Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten aus" [183]). Für den westdeutschen militärisch-industriellen Komplex und sein wichtigstes Sprachrohr, die CSU, sollte da-

176) Zit. n. Wehr und Wirtschaft, 4/1966, S. 210.
177) Wehr und Wirtschaft, 4/1966, S. 212.
178) H. Speidel, Wissenschaft, Technik und Politik, in: VDI-Zeitschrift, 1/1967, S. 5.
179) M. Schreiterer, Die Natur- und Ingenieurwissenschaften in der heutigen Außenpolitik, in: VDI-Zeitschrift, 1/1967, S. 8.
180) K. Fischer (ehem. Abt. T), Verteidigung und Wirtschaft, in: Wehr und Wirtschaft, 4/1965, S. 179.
181) 5. Dt. Bundestag, 133. Sitzung v. 10. 11. 1967, Sten. Ber. S. 6745.
182) Brigadegeneral Dipl.-Ing. Willikens (Leiter der Unterabteilung I III „Wehrtechnik Land" im BMVtdg.) in: Wehrtechnische Monatshefte, 6/1964, S. 211.
183) R. Schrader, Wissenschaft im auswärtigen Dienst, in: Wirtschaft und Wissenschaft, 5—6/1964, S. 2.

her „eine strukturelle Reform des Wehrbudgets" und eine Anhebung der „Ausgabensätze für militärtechnische Forschung und Entwicklung" von 5 auf 10 % [184]) den Einfluß der Kriegsforschung verstärken helfen; die westdeutschen Forschungskapazitäten sollten in z. T. enger Kooperation mit französischen (und auch spanischen) Kapazitäten einen europäischen „Schutzwall" gegen die amerikanischen „Kapitalaggressoren" [185]) aufbauen — nicht zuletzt, um in eine bessere Ausgangsposition den sozialistischen Staaten gegenüber zu kommen [186]). Strauß forderte dementsprechend in seinem „Entwurf für Europa", die BRD und Frankreich „sollten ihre Mittel auf allen Gebieten der modernen Hochleistungstechnik für wirtschaftliche und militärische Zwecke zusammenlegen. Sie sollten Gemeinschaftskonzerne in den Schlüsselindustrien gründen, in denen sich die Amerikaner eine Monopolstellung im westlichen Bereich zu sichern suchen. Dafür ist es selbstverständlich auch erforderlich, daß beide Länder ihre Investitionsmittel für militärische Zwecke zusammenlegen, die nun einmal den Löwenanteil der staatlichen Ausgaben für die technisch-wissenschaftliche Entwicklung darstellen" [187]). Daß eine solche Konzeption nur auf dem Rücken der arbeitenden Massen durchgesetzt werden kann, wird dabei von den Militärtechnokraten ohne weitere taktische Behutsamkeit offen eingestanden [188]).

Die Niederlage der Militärtechnokraten im Kampf um die „neue Forschungspolitik" 1966/67 und die rasch wachsende Einflußnahme amerikanischer Rüstungskonzerne auf den westdeutschen militärisch-industriellen Komplex bedeuteten jedoch nicht Verzicht auf die ursprünglich nach außen gewendete politische Zielsetzung. Während die Militärtechnokraten die außenpolitische Machtstellung der BRD durch die Entwicklung des militärischen Potentials über den Aufbau einer an den westeuropäischen Staaten und den USA orientierten Kriegsforschung ausbauen wollten, die in einem zweiten Schritt zugleich den für die internationale Konkurrenzfähigkeit wichtigen technischen Fortschritt organisiert, verschob sich bei den „Ziviltechnokraten" die Gewichtung: das sich in wirtschaftliche Stärke ummünzende Forschungspotential wird auf die direkte Unterstützung der Bedürfnisse des großen Kapitals orientiert, die Kriegsforschung und die sich daraus ergebende militärische Stärke haben nur eine ergänzende Funktion. Programmatisch dargelegt wurde die außenpolitische Bedeutung der „neuen Forschungspolitik" im Juli 1968 von Karl Scherf, der am 1. Dezember 1967 als bisheriger „Mitarbeiter" der BASF in den Planungsstab des Bundeskanzleramtes eingetreten war und dort als Leiter der Sachgebietsgruppe „Wissenschafts- und Forschungspolitik" fungiert. Das Referat Scherfs kann als das wichtigste Dokument des gegenwärtig entstehenden westdeutschen Wissenschaftsimperialismus be-

184) F.-J. Strauß, Herausforderung und Antwort — ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 165.
185) S. Balke, Die amerikanische Herausforderung, in: der arbeitgeber, 8/68.
186) Vgl. F.-J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966; K. T. Freiherr zu Guttenberg, Wenn der Westen will — Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1964; Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf-Wien 1968.
187) Strauß, Entwurf, a.a.O., S. 133 f.; die institutionelle Form einer solchen Zusammenarbeit legt Servan-Schreiber in seinem Buch „Die amerikanische Herausforderung" (Hamburg 1968), zu dem Strauß ein begeistertes Vorwort formulierte, sehr deutlich dar: „Die Forschungszentren, sowohl die der Ministerien als auch die der Universitäten, müssen es als ganz selbstverständlich empfinden, daß sie unter Verträgen und Direktiven arbeiten, die Industrielle bestimmen . . ." Immerhin war der neue Leiter der Unterabteilung T II (Wehrforschung) des BMVtdg., Ministerialdirigent F. R. Toepffer-Güntsch, „bisher führend in der Entwicklung von Rechenanlagen bei AEG-Telefunken tätig" (Wehrtechnik, 9/1969, S. 354), und Helmut Schmidts neuer Leiter der Abteilung Rüstungsangelegenheiten (Wehrtechnik und Verteidigungswirtschaft) E. W. Mommsen konnte als Amtsgruppenchef in Hitlers Kriegsministerium erste Erfahrungen sammeln, bevor er 1965 zum Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor der Thyssen Röhrenwerke AG avancierte und nun seine exzellenten Beziehungen (etwa als BDI-Funktionär) dem Sozialdemokraten Schmidt zur Verfügung stellte, ohne jedoch „sich von diesem ganzen wirtschaftlichen Hintergrund völlig zu lösen" (IK v. 29. 11. 1969). Während der ehemalige Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Friedr. Krupp GmbH G. Stoltenberg vom BMwF nun wieder zu Krupp zurückkehrte, schlug sein Nachfolger Leussink (Mitglied des Krupp-Aufsichtsrats) kurz vor Amtsantritt einen Vorstandsposten bei Krupp aus; Dohnanyi schließlich war von 1956—1960 Leiter der Planungsabteilung des Kölner Ford-Konzerns.
188) In einer Haushaltserklärung vom Dezember 1966 wies Kiesinger darauf hin, daß die stärkeren Anstrengungen auf wissenschaftspolitischem Gebiet „durch Einsparungen bei Konsumausgaben, bei Subventionen oder durch Steuererhöhung" ermöglicht werden sollten (zit. n. Die Welt v. 14. 12. 1966).

zeichnet werden [189]). Scherf geht von folgender Feststellung aus: „Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in starkem Maße evident geworden, daß die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Kraft eines Landes in erster Linie von seinem Forschungspotential bestimmt wird. Forschung und Entwicklung wurden als Triebkräfte des Fortschritts von Industrie, Wirtschaft und Waffentechnik erkannt und haben eine zuvor nicht geahnte Bedeutung gewonnen." Unter Forschungspotential versteht Scherf dabei vor allem die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Kapazitäten, „welche die Basis der Technik und damit der weltlichen, materiellen Macht" bilden, und die die „Einzelpotentiale" (Arbeit, Kapital, Militär) eines Staates begründen, die zusammen dann das „Machtpotential eines Staates" bilden. Hieraus lassen sich nun nach Scherf mehrere Thesen ableiten: „These 1: Die Einzelpotentiale, deren Summe das gesamte Machtpotential eines Staates bildet, sind zumindest teilweise wechselseitig substituierbar." Als Konsequenzen für die BRD — „die als zweitgrößte Handels- und drittgrößte Industrienation der Welt zwar wirtschaftspolitisch gesehen ein Riese, außenpolitisch jedoch ein Zwerg" ist — ergibt sich die „These 2: Die BRD kann ... das fehlende außen- und militärpolitische Potential durch Forschungspotential und technologisches Potential kompensieren". Um diese machtpolitische Konzeption durchzusetzen, sind erhebliche Anstrengungen auf dem Bildungs- und Wissenschaftssektor nötig. Folgendes wäre nötig: „These 3: Die BRD braucht eine zugkräftige nationale Zielsetzung etwa im Sinne von ‚Volk der Wissenschaftler und Wirtschaftler'. Damit würden der Jugend Ideale gesetzt und die Akzente richtig auf die konsequente Stärkung des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potentials gelegt. Glaube niemand, eine solche Parole könne man dem Volk nicht verkaufen!" „These 4: Die Bundesrepublik muß ihre Bildungsausgaben auf etwa 5 bis 6 % des Volkseinkommens erhöhen. Dies erfordert wahrscheinlich einen gewissen Konsumverzicht, dessen Notwendigkeit dem Volke erklärt werden muß. Bei verständlicher, sachgemäßer Argumentation kann man die Bevölkerung durchaus überzeugen; das Volk ist weder so dumm noch so selbstsüchtig, wie manche Politiker glauben" [190]). Damit sich eine solch elitäre Position durchsetzen und die machtpolitische Formierung der wissenschaftlich Arbeitenden problemlos über die Bühne gehen kann, empfiehlt Scherf unter These 6 folgerichtig: „Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften sollten auch bei uns eine gewisse Pflichtstundenzahl an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern hören und umgekehrt. Dadurch würde zugleich der in manchen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu beobachtenden Ideologisierung vorgebeugt." Die innere Formierung der Ausbildungs- und Forschungskapazitäten [191]) wird in den nächsten 4 Thesen begrün-

189) Dipl.-Chem. Karl Scherf, Bildungs- und Wissenschaftspolitik in internationaler Sicht, Referat am 5. Juli 1968 in Düsseldorf auf der Jahrestagung des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT), der ca. 800 Einzelvereinigungen umfaßt; abgedruckt in: VDI-Zeitschrift, 33/1968, Bd. 110, November 1968 (III), S. 1468—1475. Die folgenden Zitate hieraus.

190) Auch die SPD sieht ihre Wissenschafts- und Forschungspolitik nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Effizienz: „Im weltpolitischen Rahmen können wir den Stand unserer Industrie, von dem der Lebensstandard jedes einzelnen abhängt, künftig nur sichern, wenn für Wissenschaft und Forschung ungleich mehr investiert wird als bisher" (Entwurf Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren); in dem SPD-Schwerpunktprogramm zur Wissenschaftspolitik heißt es in Punkt I: „Die SPD geht davon aus, daß der Kreislauf von Forschung, Entwicklung und industrieller Anwendung die Basis für ein ständiges Wirtschaftswachstum ist und den Ausbau einer sozial gerechten Wohlstandsgesellschaft ermöglicht." Zur Großforschung fordert die SPD „die Bildung von wenigen Schwerpunkten ... Maßstäbe für die Entscheidung über die Rangfolge technologischer Großprojekte sollten die damit zu erzielenden Exportchancen, die Ausfüllung wichtiger Lücken im internationalen Forschungs- und Entwicklungsverband ... sein." Abschließend spricht sie sich für eine „stärkere Förderung der Industrieforschung" aus, sie „setzt dabei allerdings eine größere Bereitschaft der Industrie zur Gemeinschaftsforschung, wirksame Kooperationseinheiten und eine Erfolgskontrolle voraus" (zit. n. DUZ, 17—18/1969).

191) Vornehm in den „Sozialdemokratischen Perspektiven": „Die Autonomie der Hochschulen kann jedoch weder die Abkapselung der Universität von der Gesellschaft noch die Erhaltung antiquierter hierarchischer Strukturen ... rechtfertigen" (S. 69). In den „Vorschlägen zur Reform der Hochschulen" des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD vom April 1969 wird dieses Verhältnis von „Hochschule und Staat" konkretisiert: der Staat müsse sich „ständig genau umschriebene Einwirkungsmöglichkeiten" offenhalten. „Sie betreffen in erster Linie die Gestaltung des Haushalts und die Bildung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten ... sowie die Beteiligung bei der Besetzung der Universitätsspitze" (SPD-Vorstand (Hrsg.), Vorschläge zur Reform der

det: Ende der Gymnasialzeit mit 18 Jahren, „Drastische Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung — etwa im Sinne der Vorschläge des Wissenschaftsrates" — und „expansive Bildungspolitik im Hochschulbereich" (These 7—9). Um diese inneren „Reformen" durchzusetzen, muß die Hochschulautonomie liquidiert und die Hochschule dem „Gemeinwohl" — d. h. in einer kapitalistischen Gesellschaft immer dem Kapital — zugeordnet werden: „These 10: Eine Überprüfung der Autonomie der Hochschulen und deren stärkere Bindung an das Gemeinwohl erscheint unausweichlich." Die „Neuformulierung der Hochschulautonomie" ist die Vorstufe für die ungehinderte Ausgliederung und Zerschlagung der Hochschulforschung und die weitgehende Beschränkung der Universitäten auf ihre Ausbildungsfunktion, von Scherf vornehm in These 11 umschrieben: „Die Diskriminierung von Lehre und Lehrern gegenüber der Forschung muß endgültig aufhören". Ebenso wie die rasante soziale Deklassierung der bisherigen Großordinarien und Institutsfürsten zu subalternen Ausbildungstechnikern ideologisch übertüncht werden muß, soll die direkte Subsumption der verbleibenden Hochschulforschung unter die kapitalistischen Verwertungsbedürfnisse verschleiert werden: „These 12: Weiter muß aufhören die Diskriminierung der Angewandten Forschung gegenüber der Reinen oder Grundlagen-Forschung". Die Thesen 13—15 betreffen die auswärtige Wissenschaftspolitik der BRD: „These 13: Die BRD muß unbedingt in den wichtigsten Industrieländern durch Wissenschaftsattachees vertreten sein" [192]), die eng mit den entsprechenden Wirtschaftsattachés zusammenarbeiten sollen. In These 14 läßt Scherf vollends die Katze aus dem Sack: „Die BRD muß in Europa sowohl eine enge bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vom 22. Januar 1963 als auch multilateral im Rahmen der EWG ebenso anstreben wie eine transeuropäische." In einem ersten Schritt soll die Ausweitung des nationalen Forschungspotentials erreicht werden, die der BRD die fehlende außenpolitische und militärische Stärke in der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten und dem Kampf der verschiedenen Gesellschaftssysteme [193]) ersetzen soll. In einem zweiten Schritt, der die innere Ausrichtung der nationalen Forschungskapazitäten nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals und außenpolitischen Anforderungen zur Voraussetzung hat, soll eine europäische Forschungspolitik mit entsprechender Gewichtung der BRD geschaffen werden. Da jedoch gegenwärtig die Auseinandersetzung der westeuropäischen Kapitalismen untereinander [194]) eine solche Entwicklung verlangsamt, soll die BRD eine „transeuropäische wissenschaftspolitische Konzeption" entwickeln, die „eine enge wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit den USA und Japan als den beiden zukunftsreichsten Mächten der nichtkommunistischen Welt (einschließt). Diese Zusammenarbeit sollte bilateral zwischen der BRD und den USA bzw. Japan geregelt und natürlich aufeinander abgestimmt werden. Basierend auf weltoffenem Denken, muß die BRD eine transeuropäische Initiative entwickeln, um die europäische Stagnation zu überwinden. Jede Politik ist ... nur soviel wert wie ihre Alter-

---

Hochschulen, Bonn 1969, S. 9); vgl. auch Frankfurter Rundschau v. 9. 4. 1969: „SPD: Dem Staat mehr Einfluß auf Universitäten".

192) Vgl. Pressedienst des BMwF, 6/1968, M. Schreiterer, a.a.O., IK v. 5. 7. 1969, u. K. P. Tudyka, Ökonomische Dimensionen auswärtiger Beziehungen, in: atomzeitalter, 6—7/1968, S. 339 ff.

193) Vgl. H. Gross, Internationaler Wettbewerb in Wissenschaft und Bildungswesen zwischen Ost und West, Essen-Bredeney 1960, S. 9: „Heute spielt sich ein großer Teil des Konkurrenzkampfes zwischen Unternehmungen wie Nationen und zwischen dem demokratischen Westen und kommunistischen Osten im Bildungswesen ab, insbesondere in den Forschungsstätten und Hörsälen der Hoch- und Fachschulen ... Über dem „Wettrüsten" steht das „Wettforschen" ...". Vgl. auch die BDI-Jahresberichte 1962 (S. 46/7) u. 1958/59 (S. 84).

194) Zu den Auseinandersetzungen um die verschiedenen nationalen forschungspolitischen Konzeptionen vgl. Blunk/Klatte/Kretzschmar, Das wissenschaftliche Potential der westeuropäischen Hauptmächte, in: Deutsche Außenpolitik, 6/1969, S. 706 ff., Wissenschaft im Klassenkampf, a.a.O., S. 211 ff., und K.-H. Heise, Bonner Wissenschaftspolitik vor unlösbaren Widersprüchen, in: DWI-Berichte, 9/1969, S. 17 ff.

nativen. Dies gilt auch für die auswärtige deutsche Wissenschaftspolitik, die durch Annahme der hier skizzierten Konzeption bis weit in die 70er Jahre hinein ausreichende Antriebskräfte erhalten würde." Diese wissenschaftspolitische Konzeption, die sich vor allem auch gegen die Volksrepublik China richtet [195]), soll zunächst bewirken, „daß andere europäische Länder von der deutschen Initiative mitgerissen werden und die Einigung neue Impulse erhält" [195a]). Als politisches Fernziel gilt „letztlich eine große wissenschaftlich-technologisch fundierte Ost-West-Achse USA-EWG-Japan, die allen denkbaren Konkurrenzsituationen gewachsen wäre."

Die Verwirklichung dieser wissenschaftsimperialistischen Konzeption verlangt, daß in „den kommenden Jahren ... die Außenpolitik in zunehmendem Maße von der Wissenschaftspolitik gesteuert" wird (These 15) und macht daneben „die laufende Koordinierung der Rüstungspolitik mit den Belangen der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Außenpolitik notwendig" [196]). Ohne die staatlichen FE-Schwerpunktprogramme — so Stoltenberg bereits am Beginn der „neuen Forschungspolitik" — „wäre auch die westdeutsche Politik der Zukunft im Innern wie nach außen schließlich zum Mißerfolg verurteilt" [197]). Die Funktionalisierung der Forschungspolitik innerhalb des von der Großen Koalition hervorgehobenen „sachlichen Zusammenhang(s) von Forschungspolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik" [198]) muß dabei nach Ansicht des BMwF- und OECD-Mitarbeiters Menke-Glückert auf der Erfahrung aufbauen, „daß seit Beginn der Industrialisierung sich alle europäischen Nationalstaaten als unfähig erwiesen haben, die Aufgaben der Technik ohne Rückgriff auf Mittel der totalitären politischen Praxis zu lösen" [199]). Diese Erfahrung konkretisiert sich für Scherf in Anlehnung an den BDI und den reaktionären Staatsrechtler Forsthoff als einem der Vorkämpfer des „autoritären Wohlfahrtstaates" in der Forderung nach der „Assoziation" von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, die zu einer „Funktionseinheit" zusammenwachsen müßten [200]). Außenpolitisch konkretisiert sich die Neubestimmung der westdeutschen Forschungspolitik in der „Stabilisierung der großen interdependenten Realsysteme — wie Weltwährung, Weltwirtschaft, Ver-

---

195) Vgl. Scherf, a.a.O.: „Der ‚gelben Gefahr' der Chinesen" sei „die ‚gelbe Hoffnung' der Japaner entgegen-(zu)stellen."

195a) Vgl. den Unternehmerbrief v. 4. 9. 1969: „Dabei ist der Markt der neuen Techniken der Weltmarkt. Der technisch-ökonomische Zwang zur Großforschung, zur Großtechnik, zum Großraum-Marketing muß uns ... dazu veranlassen, einen echten europäischen Binnenmarkt zu entwickeln ... Das Management der siebziger Jahre wird also einer neuen Einstellung zum Wachstum durch Diversifikation und zur geographischen Reichweite der Unternehmenstätigkeit bedürfen. Zeitlich parallel mit der explosionsartigen Ausweitung der Technik geht eine nie gekannte Ausweitung der Märkte einher. Wir stehen hier vor einem dimensionalen Quantensprung, der von der enormen Expansion und Multinationalisierung des Marktes mit einem entsprechenden riesigen Kapitalbedarf und ganz neuen Techniken der Produktion, des Absatzes, der Finanzierung und der Kontrolle der Unternehmen gekennzeichnet ist. Das Unternehmen der siebziger Jahre muß sich immer stärker auf die Maßstäbe einstellen, die der Weltmarkt setzt."

196) Weißbuch der Bundesregierung für die Landesverteidigung, Bonn 1969, zit. n. Projektgruppe Verwertung, Naturwissenschaft im Spätkapitalismus II, Tübingen 1969, S. 8.

197) Hochschuldienst, 20/1966, S. 1.

198) BF III, S. 35.

199) P. Menke- Glückert, Europas technologische Lücke, a.a.O., S. VIII.

200) K. Scherf, Kooperation von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft, in: Physikalische Blätter, 2/1969, S. 75 f.; vgl. Bernd Lüthje (DIHT), Wissenschaftspolitik wichtige Aufgabe des neuen Bundestages, in: Wirtschaftsdienst, X/1969, S. 589 u. 591: „... die vorsichtige Globalsteuerung von Gerhard Stoltenberg und seinen Amtsvorgängern müssen endlich ein Ende haben." Die neuen forschungspolitischen Strategien zur „Gap-Bekämpfung" „sollten in einer konzertierten Aktion des Wissenschaftsministers erläutert und koordiniert werden ... Eine konzertierte Aktion für die Wissenschaftspolitik nach dem Muster der Aktion des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes bietet sich auch deshalb an, um Vorurteile der Öffentlichkeit und falsche Autonomiebestrebungen der Wissenschaft gegenüber einer staatlichen Wissenschaftsförderung abzubauen." Seine Abkehr von der „vorsichtigen Globalsteuerung" kündigte Leussink bereits bemerkenswert offen und brutal an: man müsse die wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen „am langen Zügel halten und dann, wenn sie nach einer gewissen Zeit zeigen, daß sie eben nichts oder nicht viel leisten, radikale Konsequenzen ziehen", wozu finanzielle Repression am geeignetsten ist: „Soweit es sich um Zuschüsse handelt, die man gibt, und das ist ja doch im wesentlichen immer der Fall, das ist das klassische Mittel der Steuerung, soweit braucht man keine weiteren rechtlichen Möglichkeiten." (Interview mit Hans Leussink „Die Zukunft der Forschung in Deutschland", in: SZ v. 10. 11. 1969).

kehr, Großstadt, verschiedene Kommunikations- und Verteilungssysteme" [201]); „Stabilisierung" des Status quo in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern aber heißt nicht nur, die Wissenschaft im Rahmen weltweiter „counter-insurgency"-Programme gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt zur Sicherung der Vorherrschaft der jeweiligen Regierungs- oder Militärdiktatorcliquen und ihrer Verbündeten in den kapitalistischen Ländern [202]) einzusetzen. Es heißt auch, durch Ausbeutung der nationalen Forschungspotentiale der Länder der Dritten Welt [203]), durch Übertragung politischer Theorien und Ideologien [204]), durch Gewährung scheinbar neutraler Entscheidungshilfen und technischer Knowhows, die die Produktionsstätten der Dritten Welt von der BRD abhängig machen [205]), und durch Export ökonomischen „Zukunftskapitals" — etwa Atomreaktoren [206]) —, das zukünftige Märkte erschließen soll, den Status quo im Sinne der kapitalistischen Staaten zu beeinflussen. Die von dem Pariser Wissenschaftsattaché geforderte Synthese von Außen-, Wirtschafts-, Militär- und Wissenschaftspolitik — die für Schreiterer etwa auch den Versuch einschließt, „mit Hilfe der Komputation Antwort auf wichtige außenpolitische Fragen über die optimale Machtkonstellation für das eigene Land zu gewinnen" [207]) — steht erst am Beginn. Sie wird durch die Konkurrenz zwischen den einzelnen nationalen Konzerngruppen und den einzelnen kapitalistischen Staaten begrenzt und in den Möglichkeiten ihrer programmatischen Durchformulierung und politisch einheitlicher und „konzentierter" Verwirklichung beschränkt. Nichts jedoch spricht dafür, daß die SPD-Troika Schmidt/Schiller/Leussink sich der von der CDU/SPD-Koalition eingeleiteten

---

201) Peter Menke-Glückert in einem Referat über „Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung" vor dem Arbeitskreis IV (Forschung als Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts) des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, zit. n. DUZ, 10/1968, S. 18.

202) Vgl. zu den US-„counter-insurgency"-Programmen J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt 1968; den Aufsatz von Roger Countill über „Campus Counterinsurgency" in der linken New Yorker Wochenzeitschrift National Guardian v. 11. 11. 1967 (übersetzt in atomzeitalter, 3/1968) und zahlreiche Artikel des Guardian in den folgenden Jahren sowie: North American Congress on Latin America (Hrsg.), The UNIVERSITY-MILITARY COMPLEX-A DIRECTORY AND RELATED DOCUMENTS, New York 1969, mit detailliertem Material und Literatur.

203) Nach Schätzung des Institute of Science and Technology an der University of Manchester verlieren einzelne Entwicklungsländer bis zu 90 % ihrer diplomierten Wissenschaftler und Techniker an die USA und Europa (vgl. atomzeitalter 3/1967, S. 153). Ebenso ist eine — nicht zu ermittelnde — Anzahl qualifizierter Fachkräfte der Dritten Welt in den FE-Zentren der Produktionsstätten der kapitalistischen Länder in der Dritten Welt tätig; auf der Hannover-Messe im April 1969 forderte ein Siemens-Vertreter, „die deutschen Unternehmen müßten auch im Ausland Forschung und Entwicklung betreiben, weil die Forschungskapazität des deutschen 60-Mill.-Volkes und der Heimatmarkt einfach zu klein seien. Es sei egal, wo in der Welt ein Forschungserfolg erzielt werde, die Hauptsache, im eigenen Unternehmen" (IK v. 29. 4. 1969).

204) Mit am bekanntesten wurde die finanzielle und ideologische Unterstützung der chilenischen Christdemokraten durch die CDU; noch kaum analysiert ist etwa die Rolle der verschiedenen Kulturinstitute (Goethe-Institute etc.) der BRD.

205) Zu der wissenschaftlich-technologischen „Kooperation" zwischen der BRD und vor allem lateinamerikanischen Staaten vgl. Pressedienst des BMwF, 3/1968, 7, 8 u. 21/1969. Solche sozialen und technischen „Hilfen" sollen nicht nur technische Kader aus den kapitalistischen Ländern in die Entscheidungsprozesse über die Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik in den Entwicklungsländern einschleusen und die „partnerschaftliche" politisch-ideologische Indoktrination leisten; wichtiger noch ist die Errichtung einer auf die Bedürfnisse der im Ausland tätigen Konzerne zugeschnittenen Infrastruktur. Vgl. Deppe-Wolfinger, Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern, in: Das Argument, 38/1966, S. 203 ff.

206) Vgl. IK v. 10. 4. 1969 („Weitere Kernkraftwerke für Südamerika — Stoltenberg leistete Vorarbeit für deutsche Reaktorfirmen") u. Frankfurter Rundschau v. 17. 2. 1969. In einem Vortrag Ende 1968 zeigte sich Hermann Josef Abs sehr erfreut über die neuen staatlichen Schwerpunktprogramme, mit denen die FE-Politik der BRD „auf dem rechten Weg" sei, da sie „die Entwicklung zu neuen Formen intensiver Kooperation, auch über die Grenzen hinweg und zu größeren Unternehmenseinheiten" mittelbar befördere (Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, 49/1968). Mitte 1968 vereinigten die forschungsintensiven Konzerne Chemie, Elektrotechnik, Eisen/Stahl 34,8 % der privaten Direktinvestitionen im Ausland, die zu 29 % auf die Entwicklungsländer entfallen. Rund 25 % der vom DWI erfaßten wichtigsten westdeutschen privaten Kapitalexporte entfielen auf die Chemie, gefolgt vom Fahrzeugbau und der Elektrotechnik (vgl. DWI-Berichte, 8/1969, S. 253 ff.). Diese auch auf den privaten Kapitalexport zugeschnittenen FE-Programme folgen damit der „Notwendigkeit, mit allen Völkern in Gedankenaustausch zu kommen und unsere Fabriken nicht nur in der Heimat zu bauen, sondern Geld, geistige Erfahrungen, wissenschaftliche Ergebnisse, Patente und vor allen Dingen auch Fachkräfte nach draußen zu bringen und im Ausland zu fabrizieren, den anderen Ländern zu helfen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, damit sie Verbraucher werden" (Winnacker, Vorstandsvorsitzender Farbwerke Hoechst im April 1961, zit. n. Semesterspiegel, 105/1968).

207) Schreiterer, a.a.O., S. 11.

und zusammen mit dem großen Kapital vorangetriebenen wissenschaftsimperialistischen Politik wird entziehen können [208]).

Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts

Von Wilhelm R. Beyer

Die Funktion eines Verfassungsgerichts, also eines außerhalb der klassischen Gerichtsbarkeit und über ihr institutionalisierten Gerichts, prägt das Denken desselben. Sie bildet in wechselwirkender Gestaltung den Typus der Institution, den sie zugleich selbst garantiert. Das BVerfG amtiert in doppelter Funktion, die sich nur unter dem Aspekt der Aufgabe der „Verfassungs-Hut" konfigurieren läßt. Im System der Gerichtsverfassung steht es nicht über allen Gerichten, sondern außerhalb jeglichen Instanzenzugs und daher mit Bindungs-Wirkung gegenüber aller gerichtsförmigen Tätigkeit des Staates. Es rangiert als Meta-Gericht reinster Prägung. Seine Verankerung als Verfassungs-Organ hingegen übertrumpft die Kompetenzen der überkommenen Staatsgewalten und stört deren systematische Dreiteilung. Eine Funktions-Durchleuchtung des BVerfG läßt sohin auf den ersten Blick erkennen, daß es sich hier nicht um einen Staatsgerichtshof üblicher Prägung handeln kann. Es wird zu unterscheiden sein zwischen einem Verfassungsgericht im engeren, funktional und thematisch genau bestimmten Sinn und einem reinen Staatsgerichtshof, der lediglich vom Staat her denkend dessen Maschinerie intakt hält. Eine begriffliche Vermischung der beiden Formen und ihre Subsumierung unter einen Oberbegriff „Verfassungsgericht" (schlechthin), also im weiteren, allgemein Verfassungsfragen beinhaltenden Sinn, würde nur dann einer wissenschaftlich fundierten Staats- und Rechtstheorie

---

208) Kurz vor der Bundestagswahl 1969 wurden Teilergebnisse einer SPD-Arbeitsgruppe (u. a. G. Jahn, Rohde, Apel, Dohnanyi) bekannt. In einem Arbeitspapier für die zukünftige Wirtschaftspolitik forderte der hessische Wirtschaftsminister Arndt: „Zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand seien Vereinbarungen über die Prioritäten (der FE, d. V.) und deren finanzielle Absicherungen zu treffen. Der Zersplitterung in der Forschung solle durch eine Politik selektiver Forschungsförderung entgegengewirkt werden. Sowohl für die Grundlagenforschung wie auch für die zweckorientierte Forschung müßten nationale Forschungspläne aufgestellt werden. Es sei erforderlich, staatliche Forschungszentren neu zu schaffen oder auszubauen. Die wissenschaftlichen Hochschulen sollen in die nationalen Forschungspläne integriert werden, auch geeignete Unternehmen seien zu beteiligen. Die Förderung . . . solle auf diejenigen Gebiete konzentriert werden, die am ehesten dazu beitrügen, das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis zu verbessern. Für die Bereiche mit gesamtgesellschaftlicher Priorität sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen . . . ‚Die gesamtgesellschaftlichen Prioritäten werden durch ein Gremium bestimmt, das sich aus Vertretern der öffentlichen Hand, der Wissenschaft und der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammensetzt', heißt es wörtlich" (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 8. 1969). Der SPD stellt sich das Problem der systemimmanenten Beschränkungen der Entfaltungsmöglichkeiten der „Produktivkraft Wissenschaft" und deren Funktionalisierung und Deformierung im Interesse der Kapitalverwertung in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht. Die SPD-Führung wird sich beflissen als Garant des westdeutschen Kapitalismus anbieten und abrackern, doch bei „ernsthaften Zuspitzungen der Klassengegensätze . . . wird der Spätkapitalismus immer dazu neigen, seine Diener vor die Tür zu setzen und sie dann durch andere Strukturen, seien es obrigkeitsstaatlich-autoritäre, seien es faschistische, zu ersetzen . . . Sie glauben, sich selbst sozusagen als beste politische Garanten einfunktionieren zu können, und wenn es darauf ankommt, haben sie sich geirrt und verschwinden in der Emigration oder in KZ's — genau wie die Klasse, aus der sie stammen" (Interview mit Wolfgang Abendroth „Zur Lage der ADF und der Außerparlamentarischen Opposition nach der Bundestagswahl", in: marburger blätter (128), November 1969).